



Informationen

Nr 3, Oktober 2006

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Leser und Leserinnen,

da die Zukunft des Europäischen Sozialfonds in Hamburg sicherlich für viele von Ihnen von ganz besonderem Interesse ist, haben wir zwei Berichte zu diesem Thema an den Anfang des dritten Lawaetz-Infos dieses Jahres gestellt. Hierzu auch noch der Hinweis, dass Sie sich über aktuelle Entwicklungen durch einen regelmäßigen Blick auf die Website www.esf-hamburg.de informieren können.

Zwei weitere Beiträge sind transnationalen Projekten gewidmet. So informieren wir Sie über das Projekt CASE, mit dem ein Beitrag zur Bekämpfung der zunehmenden sozialen

Spaltung in europäischen Städten geleistet werden soll. In einem weiteren Artikel über das Projekt PUSH wird der Blick auf die Situation der öffentlich geförderten Beschäftigung in anderen europäischen Ländern gerichtet.

Abschließend stellen wir Ihnen ein kreatives, familienfreundliches Wohnprojekt in St. Georg vor.

Viel Spaß beim Lesen wünscht Ihnen
Ihr Lawaetz-Team

Themenübersicht dieser Ausgabe:

- ❑ Fachtagung - Europäischer Sozialfonds (ESF) ab 2007 in Hamburg
- ❑ ESF-Begleitausschuss
- ❑ Soziale Spaltung in den Städten - ein europäisches Problem (Projekt CASE)
- ❑ Öffentlich geförderte Beschäftigung - in Europa von großem Interesse (Projekt PUSH)
- ❑ Wohnen mit Kindern in St. Georg in der ehemaligen Impfanstalt Brennerstraße 81

Fachtagung - Europäischer Sozialfonds (ESF) ab 2007 in Hamburg ❑



Auf dem Podium:
(von links:) Dr. Thomas Mirbach (Lawaetz-Stiftung), Moderation;
von der Behörde für Wirtschaft und Arbeit:
Margit Heitmann, ESF-Fondsverwaltung;
Hans Nauber, Abteilungsleiter Arbeitsmarktpolitik

Der Freien und Hansestadt Hamburg werden in der Förderperiode 2007-2013 voraussichtlich ca. 91 Millionen Euro aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) für die Umsetzung arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen zur Verfügung gestellt. Wie groß das Interesse an der Verteilung dieser Mittel in Hamburg ist, bewiesen die rund 290 TeilnehmerInnen und ihre Nachfragen auf der Veranstaltung „Der Europäische Sozialfonds in Hamburg ab 2007“ am 25. September 2006 im Haus der Patriotischen Gesellschaft.

Hans Nauber, Leiter der Abteilung Arbeitsmarktpolitik in der Behörde für Wirtschaft und Arbeit (BWA) erläuterte in seinem Vortrag die zukünftigen Schwerpunkte und Zielsetzungen des ESF in Hamburg*. Ergänzt wurden seine Ausführungen von der ESF-Fondsverwalterin der BWA, Margit

Heitmann. Dr. Thomas Mirbach von der Lawaetz-Stiftung moderierte die Veranstaltung.

In Hamburg wird die ESF-Strategie in Einklang mit dem aktuellen Leitbild der Regierung „Metropole Hamburg - Wachsende Stadt“ stehen. Der Fokus richtet sich auf Betriebe und Beschäftigte. Nichtsdestotrotz wird es bezüglich der neuen Projekte und ihrer Zielgruppen keinen grundsätzlichen Bruch mit dem ESF der laufenden Förderperiode geben.

Was ändert sich mit der neuen Förderperiode?

Die Auswahl zukünftiger ESF-Projekte soll mit Hilfe noch zu entwickelnder Qualitätsstandards und überwiegend durch Wettbewerbsverfahren gesteuert werden:

Der Behördenausschuss, der sich aus Vertreterinnen und Vertretern Hamburger Behörden und der Arbeitsagentur zusammensetzt, wird in verschiedenen Arbeitsgruppen Leistungsbeschreibungen erarbeiten und anschließend mit den Wirtschafts- und Sozialpartnern abstimmen. Projektträger können sich dann im Rahmen von Ausschreibungen und Interessensbekundungen um ESF-Mittel bewerben.

Die Projektergebnisse sollen zukünftig einem intensiveren Controlling unterliegen. Die Zielindikatoren hierfür werden noch entwickelt. Dies bedeutet vor allem für Projektträger, die sich mehrmals um die Förderung von Projekten bewerben, dass die Ergebnisse ihrer vorherigen Projekte zur Entscheidung herangezogen werden.

Ungewiss ist, ob auch zukünftig lokale Kleinprojekte bis zu maximal 10.000 Euro über den ESF gefördert werden können. Dies wird frühestens 2009 entschieden, abhängig von der Finanzierungsstruktur der bis dahin gestarteten ESF-Projekte.

Ungewiss ist, ob auch zukünftig lokale Kleinprojekte bis zu maximal 10.000 Euro über den ESF gefördert werden können. Dies wird frühestens 2009 entschieden, abhängig von der Finanzierungsstruktur der bis dahin gestarteten ESF-Projekte.

Welches sind die Schwerpunkte und Herausforderungen des ESF in Hamburg?

Es bleibt das zentrale Ziel des ESF, Arbeitsplätze zu schaffen und zu erhalten. In diesem Zusammenhang sind für den ESF in Hamburg ab 2007 Schwerpunkte festgelegt worden, um die Anpassungsfähigkeit von Arbeitskräften und Unternehmen, die Eingliederung und den Zugang zum Arbeitsmarkt sowie die Qualifizierung von Erwerbspersonen zu verbessern.

Als Herausforderungen gelten:

- den Mittelstand zu stärken und die Selbstständigkeit zu fördern
- die Beschäftigungsfähigkeit der Arbeitnehmer zu sichern
- Beschäftigungsmöglichkeiten und Weiterbildung für Geringqualifizierte zu fördern
- Übergänge von Schule in Ausbildung sowie von Ausbildung in Beschäftigung zu verbessern
- die von Ausgrenzung bedrohten Personen zu unterstützen bzw. einzugliedern



Fast 300 Interessierte besuchten die Informationsveranstaltung

- die aktive Stadtteilentwicklung durch Stärkung lokaler wirtschaftlicher und sozialer Netzwerke zu fördern
- Kooperationen in der Metropolregion als Querschnittsaufgabe zu fördern.

Mit den zukünftigen Beratungs-, Qualifizierungs- und Beschäftigungsprojekten sollen sowohl Management-Bereiche in Unternehmen, ArbeitnehmerInnen, Selbstständige, Auszubildende, Erwerbspersonen, ALG I- und ALG II-EmpfängerInnen, Benachteiligte sowie SchülerInnen angesprochen werden.

Wie sieht der Zeitplan zur Umsetzung des ESF in Hamburg aus?

Aufgrund der relativ späten Einigung des Europäischen Rates über das Budget der Strukturfonds für die Jahre 2007-2013 sowie eines langwierigeren Entscheidungsprozesses über die Programme zur ESF-Um-

setzung auf Bundes- und Landesebene wird zu Beginn des Jahres 2007 ein Start erster ESF-Projekte in Hamburg noch nicht möglich sein.

Vielmehr plant die BWA, Ende Januar 2007 zunächst das Operationelle Programm der Freien und Hansestadt Hamburg bei der Europäischen Kommission einzureichen. Frühestens Mitte Mai ist dann mit einer Entscheidung zu rechnen, ob bzw. mit welchen Änderungswünschen die Kommission das Hamburger ESF-Programm akzeptiert. Die Auswahl erster ESF-Projekte wird ab Juli 2007 angestrebt.

In einer weiteren Veranstaltung Anfang 2007 will die BWA zunächst jedoch über die konkrete Umsetzung des ESF in Hamburg, wie zum Beispiel das Antragsverfahren, informieren.

Dorothee Kodra

*Der Vortrag von Hans Nauber zur neuen Förderperiode ist auf der Internetseite www.esf-hamburg.de abrufbar.

Nationaler Begleitausschuss für den Europäischen Sozialfonds (ESF) □

Die zweite diesjährige Sitzung des nationalen Begleitausschusses des Europäischen Sozialfonds (ESF) fand vom 04. bis 06. Oktober 2006 in Hamburg statt. Im Begleitausschuss sind neben Vertretern der zuständigen Generaldirektion V - Generaldirektion Beschäftigung und Soziale Angelegenheiten - der Europäischen Kommission und dem Vorsitz durch das für den ESF zuständige Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) und anderen Bundesministerien die für den ESF zuständigen Vertreter der jeweiligen verantwortlichen Länderministerien sowie die relevanten Wirtschafts- und Sozialpartner beteiligt. Aufgabe dieses Gremiums ist es, sich nach der Verordnung (EG) Nr. 1260/1999 DES RATES vom 21.06.1999 mit allgemeinen Bestimmungen über die Strukturfonds im Wesentlichen, über die Durchführung des ESF-Programms in der Bundesrepublik Deutschland hinsichtlich seiner Effizienz und Qualität zu vergewissern. Er überprüft damit u.a. regelmäßig die Fortschritte in der Programmumsetzung des ESF bei den verschiedenen Maßnahmen anhand der gesetzten Ziele. In einem partnerschaftlichen Verhältnis werden darüber hinaus Fragen der Finanzierung, der Begleitung sowie der Bewertung diskutiert. Die noch laufende ESF-Förderperiode endet zwar offiziell am 31.12.2006; die arbeitsmarkt- und weiterbildungspolitischen Maßnahmen des ESF jedoch können noch über das Jahresende 2006 hinaus gefördert werden. Während

u.a. auch darüber diskutiert wurde, standen vor allem Fragen zum weiteren Verfahren und der Vorbereitung der folgenden ESF-Periode von 2007 bis 2013 auf der Tagesordnung. Die Vertreter der Europäischen Kommission nahmen daher die Sitzung in Hamburg zum Anlass, die Vorstellung der Pläne der Kommission für diesen neuen Förderzeitraum der Europäischen Strukturfonds der Öffentlichkeit vorzustellen.

Deutschland erhält für diese neue Periode rd. 23,2 Mrd. EUR. Mit diesen Mitteln sollen die Strukturfonds die Lissabon-Strategie für Wachstum, Beschäftigung und soziale Kohäsion unterstützen. Ergänzend wurden vom Vertreter Hamburgs die Überlegungen des Senats zur Umsetzung der ESF-Mittel für diesen Zeitraum erläutert. Während Hamburg für die Förderperiode 2000 bis 2006 rd. 131 Mio EUR erhalten hat, werden für den nachfolgenden Zeitraum bis 2013 rd. 91 Mio EUR von der Europäischen Kommission erwartet. *)

Hans Nauber
(Abteilungsleiter Arbeitsmarktpolitik
in der Behörde für Wirtschaft und Arbeit)

*) Weitere Informationen werden Sie auf der Internetseite www.esf-hamburg.de abrufen können.



von links:

Hans Nauber, Abteilungsleiter Arbeitsmarktpolitik in der Behörde für Wirtschaft und Arbeit (Gastgeberin);
Hélène Clark, Klaus Müller von der Europäischen Kommission (Generaldirektion Beschäftigung, Soziale Angelegenheiten und Chancengleichheit (GD V),
zuständig für den Bereich ESF- Begleitung der nationalen Maßnahmen III in Deutschland, Österreich, Slowenien

Günter Winkler, Ministerialrat im Bundesministerium Arbeit und Soziales (Veranstalter)

Pressekonferenz

Öffentlich geförderte Beschäftigung - in Europa von großem Interesse (Projekt Push) □

Das Projekt PUSH (siehe auch Lawaetz-Informationen Nr. 3/2005 und Nr.2/2006) hat in den vergangenen Monaten verschiedene Facetten der öffentlich geförderten Beschäftigung beleuchtet.

Nach mehreren Workshops in der Bundesrepublik wurde dabei auch verstärkt ein Blick über die Grenzen ins europäische Ausland gewagt.

Wie bereits berichtet, war Schweden lange Zeit Vorbild für den Aufbau eines Beschäftigungssegments für Benachteiligte mit erheblichen Vermittlungsschwierigkeiten. Bis zu fünf Prozent aller Beschäftigten wurden in den neunziger Jahren dort öffentlich gefördert. Die dabei gewonnenen Erfahrungen haben u.a. zu eindrucksvollen und gerade für die Bundesrepublik großteils vorbildhaften

Szenariotechnik

Die Szenariotechnik ist eine Methode der langfristigen strategischen Planung, die auf der Entwicklung und Analyse alternativer Zukunftsbilder (Szenarios) beruht. Die Szenariotechnik richtet sich vor allem auf die Analyse positiver oder negativer Extremszenarios sowie besonders relevanter oder typischer Szenarios.

Formen der Kooperation zwischen den Kommunen, dem Nationalstaat und auch den Trägern der Arbeitslosenversicherung geführt. In Schweden (und Dänemark) sind dies fast ausschließlich die Gewerkschaften, die dort einen relativ hohen Organisationsgrad aufweisen.

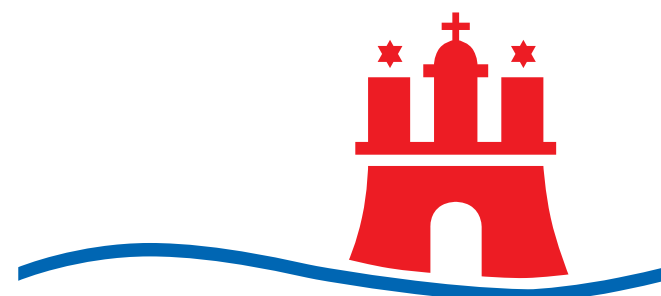
Als Vorbild für die Bundesrepublik wird in der fachlichen Diskussion die kontinuierliche und sehr detaillierte Erarbeitung einer Vorausschau der Arbeitsmarktentwicklung in den Niederlanden betrachtet.

Diese Vorausschau erfolgt mittels der Szenariotechnik unter Mitwirkung zahlreicher arbeitsmarktpolitischer Akteure.

Eine breite Palette von Formen der Beschäftigungsförderung kann schließlich auch in Irland beobachtet werden. Neben Zuschüssen an reguläre Wirtschaftsunternehmen für die Einstellung und Beschäftigung ehemals Arbeitsloser sind dort auch spezielle arbeitsmarktpolitische Dienstleister zu finden, die sich der Integration dieser Zielgruppe widmen. Nach der überblicksartigen Schilderung der Beschäftigungssituation und -strategie in weiteren, hauptsächlich europäischen Ländern (Italien und Spanien) durch anwesende nationale Experten wurden dort schließlich bereits weitere Perspektiven der Kooperation über das nahende Ende der Projektlaufzeit hinaus erörtert.

Die Abschlusskonferenz des Projektes hat am 22. September in Brüssel stattgefunden, ein Bericht über die Veranstaltung wird im nächsten Heft zu lesen sein.

Weitere Informationen erhalten Sie von Dr. Ulrich Schenck, Tel.: 040 / 39 99 36 , schenck@lawaetz.de



Soziale Spaltung in den Städten - ein europäisches Problem (Projekt Case) □

Hamburg ist - vertreten durch die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt - Partner in einem transnationalen Projekt, das von der Stadt Pécs (Ungarn) im Rahmen von Interreg III C geleitet wird (Laufzeit Juli 2005 - Dezember 2007; Homepage: www.interreg-case.net). Die Lawaetz-Stiftung unterstützt die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt als externe Expertin. Zu den weiteren Partnern des Projektes zählen - neben den deutschen Partnern Hamburg und Gelsenkirchen - die Städte Olomouc (Tschechien), Krakow (Polen), Komarno (Slowakei) und Arad (Rumänien), darüber hinaus sind die Universitäten in Pécs und Krakow beteiligt.

Vor dem Hintergrund anhaltender und sich verschärfender sozial-räumlicher Segregation in den Städten der neuen EU-Mitgliedstaaten soll CASE einerseits zum Austausch von Erfahrungen, Instrumenten und Projekten, und andererseits zur Entwicklung einer auf das Problem der Segregation zugeschnittenen Strategie der Stadtentwicklung beitragen.

Die deutschen Partner sind ausgewählt worden, weil gerade Hamburg und Nordrhein-Westfalen spezielle Programme zur Bekämpfung der sozialen Spaltung in den Städten aufgelegt haben. Zudem läuft seit dem Jahr 2000 das Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“, bei dem sich Bund, Länder und Kommunen gemeinsam darum bemühen, die Lebensbedingungen in besonders benachteiligten Gebieten zu verbessern. In diesem Zusammenhang sind kreative Lösungen gefunden worden, die teils die Verknüpfung unterschiedlicher Finanzierungsinstrumente betreffen, teils auf eine aktive Mitwirkung der Bewohner der jeweiligen Quartiere setzen.

Interreg III C

Interreg III ist eine Gemeinschaftsinitiative des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) für die Zusammenarbeit zwischen den Regionen der Europäischen Union im Zeitraum 2000-2006. INTERREG III C ermöglicht die Vernetzung von Regionen, die keine gemeinsame Grenze haben, ausdrücklich begrüßt wird die Einbeziehung von Partnern aus Bewerberstaaten. Als Projektpartner kommen Länder und Gemeinden, Behörden, Sozialpartner, NRO und Forschungseinrichtungen in Betracht, die zum wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt in Europa dadurch beitragen wollen, dass sie für ähnliche Problemlagen gemeinsam nach Bewältigungsansätzen suchen.

EQUAL-

Entwicklungspartnerschaft

EQUAL ist eine europäische Gemeinschaftsinitiative, die innovative Wege, Methoden und Konzepte gegen Diskriminierung und Ungleichheiten am Arbeitsmarkt fördert. EQUAL-Modellprojekte werden im Rahmen von Entwicklungspartnerschaften umgesetzt. Dies sind Zusammenschlüsse verschiedener Träger, Zielgruppenvertretungen, Sozialpartner, Unternehmen sowie wissenschaftlicher und arbeitsmarktpolitischer Institutionen, die auf der Basis einer Kooperationsvereinbarung eine gemeinsame Zielsetzung mit einem definierten Arbeitsplan verfolgen.

Dem Erfahrungsaustausch diente eine Studienreise der Projektpartner im August nach Gelsenkirchen, der sich ein zweitägiger Workshop in Hamburg (in der Lawaetz-Stiftung und in der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt) anschloss. Von Hamburger Seite aus wurden zunächst Zwischenergebnisse des Programmes „Soziale Stadt“ und das Konzept der Quartiersentwicklung vorgestellt. Als exemplarische Praxisbeispiele dienten dann die Aktivierung von Bewohnern (Lenzsiedlung), die Integration von Migrantinnen und Migranten (EQUAL Entwicklungspartnerschaft Elbinsel) und die Unterstützung der lokalen Ökonomie in der Fuhsbütteler Straße*). Im Gegenzug stellten die mittel- und osteuropäischen Partner den Aufbau ihrer sozialen Dienste vor und erläuterten die Rolle, die dort Nicht-Regierungsorganisationen bei der Bekämpfung sozialer Ausgrenzung spielen.

In diesem Jahr werden noch zwei weitere Workshops in Komarno (Slowakei) und Krakow (Polen) stattfinden.

Weitere Informationen:
Dr. Thomas Mirbach, Tel.: 040 / 39 99 36-51, (mirbach@lawaetz.de)

Anke Selle, Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
Tel. 040 / 42840 -84 23, (anke.selle@bsu.hamburg.de)

*) siehe www.esf-hamburg.de/projekte20002006/p209.php



Die Gruppe der Projektpartner bei ihrem Arbeitsbesuch in Hamburg

Wohnen mit Kindern in St. Georg in der ehemaligen Impfanstalt Brennerstraße 81 □

„Kinderlärm ist die Zukunftsmusik in unserer wachsenden Stadt. Eine Musik, die in St. Georg nur noch vereinzelt zu hören ist.“ So beginnt die Selbstdarstellung der Baugemeinschaft, die in der ehemaligen, 1901/02 errichteten Staatsimpfanstalt ihr familienfreundliches Wohnprojekt umsetzen will.

Die Lawaetz-Stiftung hat der Baugemeinschaft beim Aufbau geholfen und mit ihr und dem Architektenbüro Joachim Reinig ein Nutzungs- und Finanzierungskonzept erarbeitet. Auf Grundlage dieses Konzeptes konnte an einem Bieterverfahren erfolgreich teilgenommen werden, das von der Liegenschaftsverwaltung im Auftrag der Eigentümerin LBK-Immobilien ausgeschrieben wurde.

Die Beurkundung des Kaufvertrages ist im November 2006 vorgesehen. Mit dem Um- und Ergänzungsbau soll Anfang 2007 begonnen werden. Mit der Bezugsfertigkeit wird ein Jahr später gerechnet.

Es sind 10 öffentlich geförderte Genossenschaftswohnungen als Hausgemeinschaft der Trägergenossenschaft Wohnreform eG (www.wohnreform-eg.de) und 10 Wohnungen im individuellen



Eigentum geplant. Sie bilden gemeinsam die Bau- und später Hausgemeinschaft „Brennererei“, rechtlich verfasst als Wohnungseigentümergeinschaft nach WEG.

Bei diesem Projekt ist es uns, ähnlich wie beim Projekt Greves Garten in Bergedorf, gelungen, Eigentumswohnungen und geförderte Genossenschaftswohnungen zu mischen und Familien sowie ein Gebotsverfahren erfolgreich zu bestehen. Hinzu kamen Abstimmungsprozesse mit dem Denkmalschutzamt, dem Bauamt, der Stadtplanung, der Liegenschaft, der Kommunalpolitik und anderen Beteiligten. Das Ergebnis ist ein Kompromiss, und zwar ein guter! Das zwischenzeitlich unter Denkmalschutz gestellte Gebäude bleibt vollständig erhalten - auch der ehemalige Impfsaal, der zum überdachten Innenhof wird. Auf einem Gebäudeflügel entsteht ein 6-geschossiger Neubau, der mit seinen beiden Untergeschossen hinter der Fassade des Denkmals verschwindet. Die immer wieder wichtige Stellplatzfrage konnte gelöst und das Ziel der Baugemeinschaft erreicht werden.

Bezahlbarer Wohnraum für Familien und andere Normalverdiener in St. Georg wurde geschaffen.

Weitere Informationen erhalten Sie von
Christian Diesener, 040/39 99 36 29, diesener@lawaetz.de

